

Plenarrede der Landtagsabgeordneten Nicole Razavi (CDU) vom 19. Juni 2013

Große Anfrage der Fraktion Grüne: „Nachhaltige Mobilität in Baden-Württemberg voranbringen – für Mensch, Wirtschaft und Umwelt“

Sehr geehrter Herr Präsident,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

lieber Herr Raufelder!

Ich kann leider vieles von dem, was Sie gerade beschrieben haben, in der Antwort nicht finden.

Fontane hat einmal geschrieben: „Das ist ein weites Feld, Luise.“ Das trifft auf das Thema „Nachhaltige Mobilität“ ebenso zu. Natürlich ist das Thema sehr komplex und schwierig und kann in einer Großen Anfrage sicherlich nicht beantwortet werden. Wir sind uns aber einig, dass wir uns alle mit der Frage, wie Mobilität in der Zukunft aussehen muss und aussehen kann, unbedingt beschäftigen müssen. Aber ich bin mir auch sicher und bezweifle stark, dass diese Große Anfrage samt der Beantwortung hilfreich ist. Denn Sie von der Fraktion Grüne – das muss ich Ihnen leider sagen – haben eigentlich die falschen Fragen gestellt und die Landesregierung gibt auf die Fragen die falschen Antworten. Ich komme dazu – Ihre Fragen sind ein Sammelsurium von Themenbereichen, leider aber ohne Zusammenhang und ohne roten Faden. Stattdessen verheddern Sie sich im Klein-Klein und nehmen die Gewichtung eigentlich schon vorweg.

Jetzt könnte man ja sagen: Wenn die Fragen falsch sind, können die Antworten auch nicht richtig sein und nicht besser ausfallen. Trotzdem bin ich überrascht. Ich hatte schon erwartet, dass die Landesregierung, dass dieses Verkehrsministerium bei einem so wichtigen Zukunftsthema ein Konzept vorzuweisen hat. Stattdessen finden wir einen

Strauß von mehr oder weniger zusammenhanglosen, nicht abgestimmten Vermerken zu Einzelthemen, unausgewogen, nicht rund und erkennbar aus verschiedenen Ministerien. Der erste Teil kommt wohl aus dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft mit wirtschaftspolitischer Ausrichtung und der Rest aus dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur als lose Sammlung verschiedener Verkehrsthemen.

Ich glaube, dass die Antwort auch dem Titel der Großen Anfrage nicht gerecht wird. Wir sagen: Es reicht nicht aus. Es gelingt Ihnen bedauerlicherweise nicht, einen schlüssigen Bogen darüber zu spannen, wie wir heute die Mobilität von Morgen zu gestalten haben. Was wir in der Großen Anfrage lesen, zeigt: Sie haben kein Konzept. Dabei haben Sie doch ureigens im Verkehrsministerium eine Abteilung gebildet mit genau diesem Titel und haben viel teures Personal eingestellt.

Weder bei den von den Grünen gestellten Fragen noch bei den Antworten der Landesregierung wird auch nur ansatzweise deutlich, was Sie überhaupt unter nachhaltiger Mobilität verstehen. Dazu sind die einzelnen Themen auch schlecht und widersprüchlich beantwortet. Ich möchte Ihnen nur ein paar Beispiele nennen: Sie bekennen sich zur Mobilität als Grundbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger. Damit bin ich einverstanden. Sie irren aber, wenn Sie schreiben, dass die Abkehr von fossilen Energieträgern Voraussetzung dafür ist, dass Mobilität für alle bezahlbar bleibt. Energie wird zunächst einmal teurer werden. Das wissen wir alle. Deshalb ist dieses Junktim falsch.

Überhaupt kommt der Mensch und seine Grundbedürfnisse in der Beantwortung der Großen Anfrage – außer beim Lärmschutz – viel zu kurz. Sie betonen zwar, wie wichtig es bei der Planung von Verkehrswegen ist, Lebensräume von Tieren wieder zu vernetzen. Auch damit bin ich einverstanden. Aber warum stemmen Sie sich denn so gegen den Bau neuer Straßen und Ortsumfahrungen? Ist denn die Zerschneidung durch eine stark befahrene Ortsdurchfahrt kein Eingriff in Lebensräume? Der Schutz von Flora und Fauna, der sparsame Umgang mit Flächen ist immer ein wichtiges Anliegen der CDU gewesen, aber der Mensch darf dabei doch nicht unter die Räder kommen.

Ein ganz zentrales Thema der Fragestellung ist natürlich der Radverkehr. Die Landesregierung bleibt hier aber eine ehrliche Antwort schuldig. Sonst hätte sie zugeben müssen, dass sie weit weniger in den Radverkehr investiert als die Vorgängerregierung. Das heißt, nicht einmal bei Ihrem Lieblingskind werden Sie Ihren Ankündigungen gerecht. Da reicht eine Modenschau mit dem Titel „RadCOUTURE“ leider nicht aus.

Den größten Raum nimmt die Elektromobilität ein – seltsamerweise erst beim Teil des Wirtschaftsministeriums, dann beim Teil des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur. Das passt auch nicht zusammen. Uns ist das Thema immer wichtig gewesen. Sie verkennen jedoch völlig, dass zunächst der Ausbau entsprechender Infrastruktur notwendig ist, und dass der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und damit zigtausende von Arbeitsplätzen davon abhängig sind, ob klassische Antriebstechnologien so weiterentwickelt werden können, dass die weiterhin weltweit konkurrenzfähig sind, und dass es für unsere Technologien auch weiterhin weltweit Absatzmärkte gibt. Made in Baden-Württemberg muss eben weltweit auch noch Abnehmer finden.

Den ÖPNV und den SPNV als vollwertige Alternative zum Individualverkehr auszubauen war spätestens mit der Regionalisierung unsere Politik. Ob Sie diese Erfolgsgeschichte in den nächsten Jahren fortschreiben können, wird die Zukunft zeigen. Sie fragen nach Möglichkeiten der Stadtentwicklungsplanung zur Verkehrsvermeidung. Diese ist aber – das entnimmt man auch der Antwort – Sache der Kommunen. Warum fragen Sie denn nicht nach der Vermeidung von Verkehr und nicht nach einem landesweiten Konzept, wie die Verkehrsinfrastruktur und Mobilität weiterentwickelt werden können? Aber wahrscheinlich haben Sie gewusst, dass die Antwort hierfür dünn ausfallen würde.

Von der intelligenten Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger ist weder in der Frage noch in der Antwort etwas zu finden. Sie betonen, dass Baden-Württemberg zu einer Pionierregion für nachhaltige Mobilität werden soll. Da haben Sie uns ganz auf Ihrer Seite. Aber das reicht eben nicht aus. Sie müssen auch sagen, wie dies gelingen kann. Wir

erwarten von Ihnen ein Konzept, eine Strategie, wie die Zukunft der Mobilität im Land gestaltet werden soll. Herr Raufelder, eine gute Vorlage gibt es bereits dafür. Sie müssen sie nicht neu erfinden. Ich zitiere: „Nachhaltige Verkehrsentwicklung – Mobilität sichern“. Das ist das Leitmotiv des Generalverkehrsplans aus dem Jahr 2010. Der Anspruch der damaligen Landesregierung war es, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Das halte ich auch weiterhin für den richtigen Weg.

Was wir brauchen, sind Leitlinien für eine Mobilität der Zukunft, die Antworten finden Sie auf Fragen nach dem Zusammenhang von Erreichbarkeit und Siedlungsstruktur, der Finanzierung von Mobilität, der Verknüpfung aller Verkehrsmittel, der Qualität und Effizienz der Mobilität und dem Mobilitätsverhalten im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel.

Zwischen diesen großen Zielen und der Umsetzung im Detail müssen allerdings politische Abwägungen getroffen werden. Diese dürfen aber nicht einer einseitigen ideologischen Vorstellung von Mobilität folgen. Verkehrspolitik darf nicht regulieren, beschränken, bevormunden. Sie muss vielmehr an dem Grundbedürfnis der Menschen, mobil zu sein, ausgerichtet sein. Sie muss ausgerichtet sein an den Bedürfnissen des Landes mit seiner ganzen Vielfalt, den ländlichen Räumen und den Städten, den strukturschwachen und den starken Räumen. Sie muss ausgerichtet sein an den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Ökologie. Mobilität für alle und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Bereichen des Landes zu schaffen, das muss das Ziel einer klugen Verkehrspolitik sein.